

4.8. Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes und der Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse

4.8.1. *Der Kampf der KPD gegen Imperialismus und Faschismus in den Jahren 1930 und 1931*

Als sich die Gefahr des Faschismus in Deutschland ständig vergrößerte, veröffentlichte die KPD auf Initiative von Ernst Thälmann im August 1930 ihr **Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes**. Seine geschichtliche Aufgabe bestand darin, alle demokratischen Kräfte für die Verteidigung der de-

mokratischen Rechte und Freiheiten zu gewinnen, die faschistische Diktatur zu verhindern und antifaschistisch-demokratische Verhältnisse zu erkämpfen.

Das Programm der KPD rief die Arbeiter, Angestellten, Bauern und alle anderen Werktätigen zum unversöhnlichen Kampf gegen den Faschismus und die drohende Kriegsgefahr auf. Es entlarvte die Nazipartei als eine volks- und arbeiterfeindliche, antisozialistische Partei, als die „Partei der mörderischen faschistischen Diktatur“, und wies gleichzeitig nach, daß sie die Politik der extremsten, reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals repräsentierte. Da die faschistische Gefahr eine imperialistische Gefahr war, führte die KPD den Kampf gegen den Faschismus als Klassenkampf gegen die Monopole.

Die KPD protestierte in dem Programm aufs schärfste gegen die Notverordnungspolitik Brünnings. Sie forderte die Herabsetzung der Preise für Mieten, Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehrsmittel auf ein Mindestmaß. Die Sozialversicherung sollte auf Kosten des Staates sichergestellt und alle Ausgaben für Pensionen an Fürsten, Militaristen und hohe Staatsbeamte eingestellt werden. Eine der dringendsten Forderungen für die Werktätigen war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für die Frauen und Jugendlichen forderte das Programm die volle Gleichberechtigung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Um die Notlage der werktätigen Bauern

Heute alles um 3 Uhr im Neuköllner Stadion!

Ansammlung im Innern des Stadtes

13. Jahrgang / Nr. 197
Dienstag 20. August 1931

Herrschaft der reinen Arbeit
Auch die Arbeiter sind für List 4

Berlin, Sonntag
24. August 1931

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Gelbes der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin, Ullrich-Platz, Telefon: 22 21 21
Vertrieb: Berlin, Ullrich-Platz, Telefon: 22 21 21
Abonnements: Berlin, Ullrich-Platz, Telefon: 22 21 21

Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

„Die Rote Fahne“ veröffentlicht das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“

und der Landarbeiter zu überwinden, mußte die Herrschaft der Grundbesitzer gebrochen, ihr Grund und Boden enteignet und den Landarbeitern und landarmen Bauern übergeben werden.

Die KPD erklärte den energischen Kampf gegen den Versailler Vertrag und den Youngplan¹⁶ und gleichzeitig die Herstellung einer festen Freundschaft zur Sowjetunion als wichtigste nationale Aufgabe.

Im Programm entwickelte die KPD eine richtige Taktik zur Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte. Die Partei rief „alle Arbeiter, alle Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden“ auf, sich um die KPD zusammenzuschließen, um den Faschismus und seine Hintermänner, die deutschen Monopolkapitalisten, zu schlagen.

Das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes zeigte dem deutschen Volk den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Mit seinen Forderungen für die Lebensinteressen aller Werktätigen leitete es eine neue Etappe im Klassenkampf und in der Bündnispolitik ein. Zu seiner Verwirklichung erarbeitete die KPD im Frühjahr 1931 den *Arbeitsbeschaffungsplan* und das im

Mai 1931 veröffentlichte *Bauernhilfsprogramm*, um alle werktätigen Schichten in die gemeinsame antifaschistische Kampffront einzureihen.

Die wichtigsten Forderungen des Bauernhilfsprogramms

- Aufhebung der Steuer-, Schuld- und Pachtlasten der Kleinbauern, Winzer und Fischer; Steuerherabsetzungen für Mittelbauern.
- Enteignung der Großgrundbesitzer und unentgeltliche Verteilung des Bodens an landarme Bauern; Zahlung der „Osthilfe“ an die werktätigen Bauern und nicht an die Junker.
- Arbeitslosenunterstützung, Alters- und Krankenfürsorge für Kleinbauern, Winzer und Fischer.
- Durchführung des Arbeitsbeschaffungsplans der KPD, um den Absatz landwirtschaftlicher Produkte zu erhöhen und die Lage der werktätigen Bauern und des gesamten werktätigen Volkes zu verbessern.

- Welche Ziele verfolgte die KPD mit dem Bauernhilfsprogramm?
- Erläutern Sie den Zusammenhang von Bauernhilfsprogramm und Programm zur nationalen und sozialen Befreiung!

Die KPD führte ihre Politik mit dem Ziel, die Volksmassen im Kampf um die elementarsten Lebensinteressen zusammenzuschließen und für große politische Kämpfe vorzubereiten. Es war ihr Hauptziel, die **Aktionseinheit der Arbeiterklasse**, das gemeinsame Zusammenwirken aller

¹⁶ In dem Youngplan aus dem Jahre 1929 wurde erstmalig die endgültige Höhe der Reparationssumme genannt. Die Lasten wurden dem deutschen Steuerzahler aufgebürdet. Die sozialen Ausgaben des Staates gingen radikal zurück.

Die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 und zu den Reichstagswahlen in der Weimarer Republik (Angabe in Millionen)¹⁷

	1919	1920	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932
SPD	11,5	6,1	6,0	7,9	9,1	8,6	7,9	7,2
KPD	–	0,5	3,7	2,7	3,3	4,6	5,3	6,0
NSDAP	–	–	1,9	0,9	0,8	6,4	13,7	11,7
Deutschnationale Volkspartei	3,1	4,2	5,7	6,2	4,4	2,5	2,2	2,9
Zentrum	5,9	3,8	3,9	4,1	3,7	4,1	4,6	4,2
Deutsche Demokra- tische Partei (Deutsche Staats- partei)	5,6	2,3	1,7	1,9	1,5	1,3	0,3	0,3
Deutsche Volkspartei	1,3	3,9	2,7	3,0	2,7	1,6	0,4	0,7

Arbeiter und Arbeiterorganisationen und aller Werktätigen, unabhängig von den unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen, im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus herzustellen. Die Aktionen gegen Hunger, Lohnraub und Zwangsversteigerungen verband die KPD mit den politischen Aktionen gegen die Aufrüstung, die drohende Kriegsgefahr, die Antisowjethetze und die faschistischen Diktaturbestrebungen. In den Streikkämpfen 1930 und 1931 gelang es der KPD, in vielen Fällen das gemeinsame Handeln kommunistischer, sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter zu verwirklichen.

Der beharrliche Kampf der KPD um die Lebensinteressen der Werktätigen und um die Aktionseinheit vergrößerte ihren Einfluß auf die Volksmassen und die Anzahl ihrer Mitglieder. Sie wurde eine große revolutionäre Massenpartei. Das wachsende Vertrauen der Massen zu dieser Partei zeigte sich bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932.

4.8.2. Der Kampf der KPD um die Antifaschistische Aktion 1932

Die Notwendigkeit, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten alle Kräfte in einer antifaschistischen Einheitsfront

zusammenzuschließen, wurde im Frühjahr 1932 immer dringlicher. Führende Monopolherren und Reichswehrgeneral von Schleicher verhandelten persönlich mit Hitler, Göring und Röhm über die Heranziehung der Nazipartei zur Regierung. Bei den Reichspräsidentenwahlen im April 1932 wurde mit Unterstützung der rechten sozialdemokratischen Führer der reaktionäre



Demonstration des Landproletariats unter Führung der KPD gegen den Faschismus im Jahre 1931

¹⁷ Die Übersicht erfaßt nur die wichtigsten Parteien der Weimarer Republik.

Wer Hindenburg wählt — hilft Hitler!



Wahlzettel der KPD zur Reichspräsidentenwahl 1932. Die Losung der Kommunisten: „Wer Hindenburg wählt — wählt Hitler! Wer Hitler wählt — wählt den Krieg!“ wurde von der Geschichte bestätigt

Generalfeldmarschall Hindenburg wiederum in das höchste Staatsamt gewählt. Er wurde, gleich Brüning und Papen, von der rechten sozialdemokratischen Führung als das „kleinere Übel“ gegenüber Hitler hingestellt.

Die rechten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer setzten ihre Politik des Paktierens mit Teilen der Bourgeoisie fort und erleichterten damit den reaktionären Kräften, ihre Politik durchzusetzen. Auch nachdem Papen durch einen Staatsstreich im Juli 1932 die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preußen aus dem Amt ge-

jagt hatte (siehe Abbildung S. 140), verhinderten sie gemeinsame Aktionen der kampfbereiten Massen und lehnten alle Angebote der KPD zum gemeinsamen Handeln ab. Unter den proletarischen Mitgliedermassen der SPD breitete sich die Enttäuschung über das Verhalten ihrer Führer weiter aus. Gegen den Willen der rechten Führung der Sozialdemokratie kam es in vielen Orten zu einheitlichen Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Im Frühjahr 1932 verschärfte sich der faschistische Terror. Im Mai gingen die Naziabgeordneten im Preußischen Landtag mit Schlagringen und Messern gegen Wilhelm Pieck und andere kommunistische Abgeordnete vor. Am 17. Juli wurden beim „Altonaer Blutsonntag“ 18 Arbeiter ermordet.

Angesichts der immer offener zutage tretenden Diktaturpolitik der deutschen Imperialisten und Militaristen sowie des faschistischen Terrors einerseits und des wachsenden Einheitswillens der Arbeiterklasse andererseits, proklamierte die KPD im Mai 1932 die **Antifaschistische Aktion**.

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD zur Antifaschistischen Aktion vom 25. Mai 1932

„Das Zentralkomitee der KPD ruft die deutsche Arbeiterklasse zur Antifaschistischen Aktion auf... Die Antifaschistische Aktion muß durch den Massenkampf für eure Forderungen, für die



Reichswehroffiziere verhaften während des Staatsstreichs 1932 den sozialdemokratischen Kommandeur der Berliner Schutzpolizei. Auch er hatte, wie die gesamte sozialdemokratische Landesregierung, keine Maßnahmen getroffen, um den Staatsstreich in Preußen zu verhindern. Gegen Recht und Verfassung wurde die Regierung Preußens gewaltsam entfernt. Die sozialdemokratischen Führer aber vertrösteten die kampfbereiten Volksmassen auf die nächsten Wahlen



Der Antifaschistische Einheitskongreß am 10. Juli 1932 in Berlin vereinigt 1465 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands, darunter 132 Sozialdemokraten und 954 Parteilose

Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen, durch die Streiks der Betriebsarbeiter, durch die Massenaktionen der Millionen Erwerbslosen, durch den politischen Massenstreik der geeinten Arbeiterklasse dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen!¹⁸

Kräfte einmünden, die wirklich den Kampf, den Massenangriff gegen die jetzige Regierung, welche die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur betreibt, durchführen wollen.“¹⁹

Ernst Thälmann in einer Aussprache mit Sozialdemokraten über die Antifaschistische Aktion

„Das Hitlersche Offiziers- und Prinzenpack hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, das sind viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und rädern will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen? ...“ Die Antifaschistische Aktion ist „ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampfe gegen den Faschismus gewillten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung. Sie ist der Strom, in den all die kämpferischen

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion fanden in den folgenden Monaten große Massenaktionen gegen die faschistische Gefahr statt. Die Streikkämpfe gegen die Notverordnungen der Papenregierung im Herbst 1932 stärkten die Antifaschistische Aktion in den Betrieben. Der Höhepunkt der Streikwelle war der von der KPD-Organisation in Berlin unter Leitung von Walter Ulbricht geführte *Streik der 22 000 Berliner Verkehrsarbeiter*. Diese kämpften geschlossen gegen den Lohnabbau und wurden von anderen Betriebsbelegschaften, Erwerbslosen, Angestellten und Kleingewerbetreibenden solidarisch unterstützt.

Der BVG-Streik und die großen Massendemonstrationen im Januar 1933 zeigten die Kampfbereitschaft der Massen und den schnell wachsenden Einfluß der KPD.

¹⁸ Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4, Berlin 1966, S. 570.

¹⁹ Zitiert nach: Ebenda, S. 580.

Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ über den BVG-Streik 1932

„Der Streik, begonnen unter der Losung „Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!“, entwickelte sich zur politischen Demonstration gegen die Politik der Papen-Regierung. In vielen Betrieben wurden Solidaritätsbeschlüsse gefaßt und Sammlungen veranstaltet. Erwerbslose standen an der Seite der Verkehrsarbeiter Streikposten. Einige sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, die von ihren Führern gezwungen worden waren, als Streikbrecher zu fahren, stellten sich den Streikleitungen zur Verfügung. Gewerbetreibende und kleine Geschäftsleute spendeten Geld und Lebensmittel. Eine Welle der Sympathie erfaßte ganz Deutschland und darüber hinaus auch das Ausland.“²⁰

● Welchen einzig möglichen Weg zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes wies die KPD?

● Wodurch erleichterten die rechten Führer der Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie die Führungen der bürgerlichen Parteien es den reaktionären Kräften, ihre Konzeption in Deutschland zu verwirklichen?

4.9. Das Ende der Weimarer Republik

4.9.1. Die Machtübertragung an die Faschisten

Die 6 Millionen Stimmen, die die KPD bei den Reichstagswahlen im November 1932 auf sich vereinigen konnte (siehe S. 139), zeigten den wachsenden Masseneinfluß der revolutionären Arbeiterbewegung. In den wichtigsten Industriezentren wurde die KPD zur stärksten Partei. Die Naziartei verlor gegenüber den Juliwahlen zwei Millionen Stimmen. Die Massenbasis der Nazis begann abzubröckeln. Der antifaschistische Kampf konnte den Einfluß der faschistischen Bewegung zurückdrängen.

Die Entwicklung zwang zur Entscheidung. Die rasche Sammlung der antifaschistischen Kräfte unter Führung der KPD und der schwindende Masseneinfluß der Nazis veranlaßte die reaktionärsten Kräfte des deutschen Monopolkapitals und der Junker, auf die schnelle Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft zu drängen. Nam-



„Hinter mir stehen Millionen“, Fotomontage von John Heartfield. Der Reichsbankpräsident a. D. Schacht schreibt am 12. November 1932 an Hitler: „Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann, und das ist Ihre Kanzlerschaft.“

hafte Vertreter forderten von Hindenburg die sofortige Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

Aus der Eingabe namhafter deutscher Imperialisten und Großgrundbesitzer an den Reichspräsidenten Hindenburg vom November 1932

„Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt... Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht... Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch

²⁰ Ebenda, S. 378 f.

die Überwindung des Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe (Hitler als Führer der Nazipartei – d. Red.) wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.“²¹

● *Warum ist dieses Schreiben führender deutscher Imperialisten für uns von großer Bedeutung für die Charakterisierung des Faschismus?*

Großindustrielle und Junker, Hindenburg, Papen und Schleicher verhandelten mit Hitler über die Einbeziehung der Nazis in die Regierung. Da sich die verschiedenen rivalisierenden Monopolgruppen noch nicht über die sofortige Übergabe der Macht an die Hitlerregierung einigen konnten, wurde General Schleicher Anfang Dezember 1932 zum Kanzler eines Übergangskabinetts ernannt. Anfang Januar 1933 wurde in der Kölner Villa des Bankiers Schröder und im Hause des Konzernherren Kirdorf hinter verschlossenen Türen die endgültige Zusammensetzung der geplanten Hitlerregierung beschlossen. Nach weiteren fieberhaften Einzelbesprechungen zur Überwindung der letzten Schwierigkeiten der Regierungsbildung legte Papen am Abend des 29. Januar 1933 dem Reichspräsidenten die Liste der neuen Regierung vor. Die Vorbereitungen der faschistischen Diktatur waren abgeschlossen.

Aus der Aussage des Bankiers Schröder vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946 über die Absichten der reaktionären Monopolkapitalisten im Januar 1933

²¹ Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4, Berlin 1966, S. 599 f.

„Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov. 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.“²²

Am 30. Januar 1933 berief der Reichspräsident von Hindenburg im Interesse der reaktionärsten und aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals *Hitler zum Reichskanzler*.

4.9.2. Die Ursachen des Untergangs der Weimarer Republik

Der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus im internationalen Maßstab und in Deutschland bestimmte die Entwicklung in den Jahren der Weimarer Republik. Unter den Bedingungen der neuen geschichtlichen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und des allmählichen Aufstiegs der Sowjetunion zu einer Weltmacht wurde die Lage des deutschen Imperialismus widerspruchsvoller und aussichtsloser.

Die Weimarer Republik war das Instrument der Monopolherren, Militaristen und Junker zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Sie war keine den Interessen des Volkes dienende Demokratie. Ihre vierzehnjährige Geschichte beweist, daß eine formale bürgerliche Demokratie, die die Diktatur des Finanzkapitals verschleiert, weder die Interessen der Arbeiterklasse sichern noch die Lebensfragen des Volkes lösen kann. Sie lehrt, daß der Widerspruch zwischen den Interessen einer verschwindend kleinen Schicht

²² Zitiert nach: Ebenda, S. 606 f.

von Finanzmagnaten und der übergroßen Mehrheit des Volkes unüberbrückbar ist.

Die herrschende Klasse fürchtete das Erstarken des Sozialismus. Die reaktionärsten Teile des deutschen Monopolkapitals beseitigten deshalb zielstrebig die bürgerliche Demokratie und bereiteten die offene Diktatur vor. Sie wollten damit die sozialistische Entwicklung im Inneren verhindern und ihre Politik der Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges sowie der Revanche und der erneuten Machtausdehnung des deutschen Imperialismus nach außen verwirklichen. Deshalb unterstützten und förderten sie die faschistische Partei, die mit nationaler und sozialer Demagogie, revanchistischer und antikommunistischer Hetze und Terror an Einfluß gewann und die reaktionären Interessen des Monopolkapitals am konsequentesten vertrat.

Das Ende der Weimarer Republik läßt erkennen, wie verhängnisvoll es war, daß in der Novemberrevolution die Macht der deutschen Konzern- und Bankherren nicht zerschlagen und eine echte Demokratie in Deutschland errichtet werden konnte. Die herrschende Klasse engte danach die Wirkungsmöglichkeiten der friedliebenden und demokratischen Kräfte immer mehr ein, gab aber den antidemokratischen, imperialistischen und militaristischen Kräften immer größeren Raum. Am Ende erwies sich das bürgerlich-parlamentarische System der Weimarer Republik als ungeeignet, auch nur die begrenzten demokratischen Rechte und Freiheiten, die sich die Volksmassen im November 1918 erkämpft hatten, wirkungsvoll zu verteidigen. Damit offenbarte das Ende der Weimarer Republik zugleich den völligen Bankrott der sozialdemokratischen Politik des sogenannten „dritten Weges“.

Der Untergang der Weimarer Republik war nicht gesetzmäßig. Durch den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten für die Erhaltung der Demokratie hätte er verhindert werden können. Doch die rechten Führer der Sozialdemokratie paktierten mit Teilen des Finanzkapitals, setzten die Spaltung der Arbeiterklasse fort und verhinderten mit ihrer antikommunistischen Politik den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse und aller antifaschistischen Volkskräfte. Sie trugen damit zur Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Januar 1933

bei. Die KPD als die konsequenteste Führerin der deutschen Arbeiterklasse kämpfte während der ganzen Zeit der Weimarer Republik dafür, auch in Deutschland dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu bahnen. Dem imperialistischen Programm zur Erhaltung und Stärkung der Monopolmacht, des Revanchismus und Antikommunismus stellte die KPD ihr Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes entgegen. Die KPD stand an der Spitze aller Aktionen für die Interessen der Werktätigen und trat für ein gutes Verhältnis Deutschlands zu den anderen Völkern, vor allem zur Sowjetunion, ein. Sie kämpfte konsequent gegen den Faschismus und die drohende Kriegsgefahr. Dieser Kampf stimmte mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes und der historischen Entwicklung unserer Epoche überein. In diesem Kampf erwies sich die KPD als die führende Kraft des ganzen Volkes. Doch reichte ihr Einfluß noch nicht aus, um an der Spitze der Volksmassen die faschistische Diktatur zu verhindern.

Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ zur Weimarer Republik
„Die Geschichte der Weimarer Republik lehrt, daß Herrschaft des Imperialismus und echte Demokratie unvereinbare Gegensätze sind und daß der Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden monopolkapitalistischen Gruppe und den Lebensinteressen der Volksmassen unüberbrückbar ist. Das Ende der Weimarer Republik bestätigt die Richtigkeit der Feststellung der KPD, die allein einen den Interessen der Nation entsprechenden Weg wies: Echte Demokratie kann es nur geben, wenn Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militaristen aus allen Machtpositionen entfernt werden und die Werktätigen, geführt von der geeinten Arbeiterklasse, das Geschick des Staates und die Leitung der Wirtschaft in ihre Hand nehmen.“²³

● Warum konnten die antidemokratischen, imperialistischen und militaristischen Kräfte in der Weimarer Republik erstarken?

²³ Ebenda, S. 391.